

**Erschienen in:** Eckhard Jesse (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003, 101-121.

Wahlsieg, aber auch Wählerauftrag?

Stamm-, Wechsel- und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002 und ihre Wahlmotive

Harald Schoen / Jürgen W. Falter

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

## 1. Einleitung

Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder kann ihre Arbeit fortsetzen, das ist das zentrale Ergebnis der Bundestagswahl 2002. Aus der - geschrumpften – rot-grünen Bundestagsmehrheit leiteten führende Regierungspolitiker jedoch nicht nur den Anspruch auf eine weitere Amtszeit der rot-grünen Regierung ab, sondern reklamierten zusätzlich, vom Wähler ein Mandat erhalten zu haben, eine bestimmte inhaltliche Politik ins Werk zu setzen. So stellte Gerhard Schröder an die Spitze seiner Regierungserklärung vom 29. Oktober 2002 die Behauptung, die Wähler hätten der Regierung am 22. September 2002 den Auftrag erteilt, die soziale und ökologische Erneuerung der Bundesrepublik fortzusetzen, und zwar nach den Rezepten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.<sup>1</sup> Um diese Interpretation, die auf die *mandate*-Theorie<sup>2</sup> zurückgreift, sinnvoll einsetzen zu können, hätten die Wähler der Regierungsparteien bei der Stimmabgabe ganz bestimmte Motive aufweisen müssen: Im Idealfall sollten sie wegen der inhaltlichen Vorstellungen der Parteien ihre Stimme abgegeben haben; zumindest dürfen aber die *policy*-Präferenzen der Wähler nicht im Konflikt mit den Vorschlägen und Konzepten der gewählten Parteien stehen. Daher erschiene die *mandate*-Interpretation beispielsweise problematisch, wenn die Wähler einer Partei zwar darin übereinstimmten, daß diese über attraktives Personal verfüge, aber deren Programmanschlägen skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstünden. Ob und inwieweit das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 als Auftrag an die rot-grüne Regierung verstanden werden kann, eine bestimmte Politik durchzusetzen, hängt somit zentral von den Einstellungen der Wähler zu den Angeboten der Parteien ab; vollkommen analog hätten CDU/CSU und FDP, falls sie im Kampf um die Regierungsmacht die Oberhand behalten hätten, nur bei entsprechenden Einstellungen ihrer Wähler ein Mandat für sich hätten reklamieren können.

---

<sup>1</sup> Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 29. Oktober 2002 in Berlin, S. 1.

<sup>2</sup> Vgl. Mark Benney/A. P. Gray/R. H. Pear: How People Vote, London 1956, S. 15, Peter G. J. Pulzer: Political Representation and Elections in Britain, 1. Auflage, London 1967, S. 131-148.

Die Wählerschaft von SPD und Grünen wie auch das Elektorat von Union und FDP setzen sich beim Urnengang 2002 aus drei Segmenten zusammen.<sup>3</sup> Erstens umfassen sie jene Bürger, die bereits 1998 für die jeweilige Partei votiert haben, also die Stammwähler. Zweitens ist es beiden Seiten gelungen, ehemalige Nichtwähler für sich zu gewinnen. Die dritte Komponente bilden schließlich die Wechselwähler, die sich 2002 für eine andere Partei als 1998 entschieden. Rein arithmetisch zählen die Stimmen aller Wähler gleich, politisch fallen die Voten der einzelnen Gruppen jedoch unterschiedlich schwer ins Gewicht. Indem es einer Partei gelingt, ihre Wähler des Jahres 1998 wieder zur Stimmabgabe zu bewegen, können sie einen Stimmenverlust – ob nun an die Nichtwähler oder an eine andere Partei – und damit einen Wettbewerbsnachteil vermeiden. Ein früherer Nichtwähler, der sich nun für eine Partei entscheidet, bedeutet dagegen einen echten Stimmenzugewinn. Einen noch größeren Vorteil bringt indes ein Wechsler von einer anderen Partei. Wechselt beispielsweise eine Person aus den Reihen der Nichtwähler zur SPD, gewinnt diese eine Stimme, den übrigen Parteien erwächst daraus jedoch nur indirekt ein Nachteil. Wandert dagegen ein Wähler etwa von der CDU zur SPD, fügt er der Union einen Stimmenverlust zu und beschert der SPD – mit derselben Handlung – einen Stimmengewinn. Die Voten von Wechselwählern fallen somit gleichsam doppelt ins Gewicht; sofern es um die Frage der Machtzuweisung geht, gilt dies erst recht für die Wechsler zwischen konkurrierenden potentiellen Regierungen, da sie beispielsweise unmittelbar eine rot-grüne Koalition auf Kosten einer christlich-liberalen stärken.<sup>4</sup> Daher empfiehlt es sich, auch bei der Untersuchung der Frage, ob ein Wahlsieg als ein Wählerauftrag verstanden werden kann, die politisch unterschiedlich wichtigen Wählergruppen<sup>5</sup> getrennt zu betrachten.

Um zu klären, ob sich nach dem 22. September 2002 eine der potentiellen Regierungen auf einen Auftrag berufen kann, eine bestimmte inhaltliche Politik zu verfolgen, gehen wir daher folgendermaßen vor. Zunächst untersuchen wir Wahlenthaltung, Wieder- und Wechselwahl bei der Bundestagswahl 2002 und fragen nach den Gründen für diese Formen des Stimmverhaltens. Im zweiten Schritt betrachten wir die Wählerschaften der beiden potentiellen Regierungsbündnisse aus SPD und Grünen einerseits sowie CDU/CSU und FDP andererseits<sup>6</sup> und

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu klassisch David Butler/Donald Stokes: *Political Change in Britain. Forces Shaping Electoral Choice*, London 1969, S. 275-283, Cornelis van der Eijk/Broer Niemöller: *Electoral change in the Netherlands*, Amsterdam 1983, S. 41-82.

<sup>4</sup> Vgl. Richard W. Boyd: *Electoral Change in the United States and Great Britain*, in: *British Journal of Political Science* 15 (1985), S. 517-528, hier: S. 519.

<sup>5</sup> Siehe auch Kelley, Stanley Jr.: *Interpreting Elections*, Princeton 1983, S. 126-142.

<sup>6</sup> Trotz der Wahlkampfstrategie der FDP, Unabhängigkeit und Äquidistanz zu möglichen Koalitionspartnern zu demonstrieren, betrachten wir die Wahl im Kern als Entscheidung zwischen der rot-grünen und einer christlich-liberalen Koalition, da sich die politische Auseinandersetzung – auch in den Augen der Bürger – im Laufe des Wahlkampfes auf diese Alternative zuspitzte.

fragen, inwieweit deren Stimmvergabe die Interpretation erlaubt, die Wähler hätten sich im Einklang mit ihren Einstellungen zu den programmatischen Vorstellungen der Parteien entschieden.

## 2. Gründe für Nichtwahl und Wechselwahl bei der Bundestagswahl 2002

### 2.1 Wahlbeteiligung und –enthaltung 2002

An der Bundestagswahl 2002 nahmen 79,1% der Wahlberechtigten teil. Damit sank die Wahlbeteiligung merklich unter den Wert des Jahres 1998, als 82,2% der Stimmberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. In den alten Bundesländern nahm die Partizipation um 2,1 Prozentpunkte auf 80,3% ab, während sie in den neuen Bundesländern um 7,1 Prozentpunkte geradezu abstürzte, auf 72,9%, einen neuen Tiefstand bei Bundestagswahlen. Der Urnengang 2002 reiht sich damit ein in die Serie von Wahlen, die dafür sprechen, daß die Bürger in Ostdeutschland seltener an Wahlen teilnehmen als ihre westdeutschen Landsleute und ihre Beteiligungsbereitschaft größeren Schwankungen unterliegt. Augenscheinlich sehen mehr ostdeutsche als westdeutsche Bürger in der Stimmabgabe keine reine Selbstverständlichkeit und machen sie stärker von situativen Faktoren, wie etwa der politischen Konstellation bei einer Wahl, abhängig.

Diese allein auf eine Aggregatbetrachtung gestützte Vermutung wird bestätigt, wenn man die Ursachen der Beteiligung an der Wahl 2002 auf der Individualebene empirisch untersucht.<sup>7</sup> Sieht man von institutionellen Faktoren wie etwa der Registrierung der Wahlberechtigten oder dem Wahlsystem ab,<sup>8</sup> führen Erklärungsversuche zum einen die Ausstattung der Wahlberechtigten mit Ressourcen an, die politische Partizipation begünstigen, zum anderen die Motivation der Bürger, an der anstehenden Wahl teilzunehmen. Die Ressourcenausstattung, etwa die formale Bildung, ist bei einer Person über die Zeit weitgehend konstant. Die Motivation, an einem anstehenden Urnengang teilzunehmen, setzt sich zusammen aus stabilen und variablen Elementen. Politisches Interesse oder die Auffassung, das demokratische Wahlrecht impliziere für die Bürger eine Wahlpflicht, sind über die Zeit vergleichsweise stabile Einstellungen und begünstigen die Teilnahme an Wahlen unabhängig davon, welche Parteien mit welchen Programmen um die Gunst der Wahlberechtigten werben. Neben diesen nicht auf eine Wahl bezogenen Motiven kann von einer konkreten Wahl ein Teilnahmeanreiz ausgehen; beispielsweise kann ein attraktives Kandidatenangebot Bürger zur Wahlbeteiligung veranlassen, während unausgelegene Programme beteiligungshemmend wirken. Soweit diese situativen Faktoren die Wahlbeteiligung beeinflussen, können Bürger in Abhängigkeit vom politischen

---

<sup>7</sup> Vgl. zur folgenden Analyse der Nichtwahl Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002, in: Politische Studien (i.E.)

<sup>8</sup> Siehe hierzu etwa Markus Freitag: Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien, in: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft 2 (1996), S. 101-134, hier: S. 108-113, Martin P. Wattenberg, Where Have All the Voters gone?, Cambridge 2002, S. 162-173 sowie, wenn auch methodisch problematisch, Eva Anduiza Perea: Individual characteristics, institutional incentives and electoral abstention, in: European Journal of Political Research 41 (2002), S. 643-673.

Angebot von Wahl zu Wahl zwischen Beteiligung und Abstinenz wechseln, während die vorher angesprochenen Größen für eine beständige Teilnahme oder Enthaltung sprechen.

Empirisch<sup>9</sup> spielt die Ressourcenausstattung für die Wahlbeteiligung 2002 offenbar keine eigenständige Rolle.<sup>10</sup> Denn in der multivariaten Analyse, deren Ergebnisse in Tabelle 1 zusammengestellt sind, entfaltet die formale Bildung keine eindeutig von null verschiedene Wirkung; ja nicht einmal das Gefühl, politisch kompetent zu sein, kann unter Kontrolle anderer Einflußfaktoren einen selbständigen Einfluß ausüben. Aus der Einbindung in soziale Netzwerke, hier gemessen anhand der Kirchenbindung, erwächst, anders als es Vertreter mikrosoziologischer Argumente postulieren,<sup>11</sup> ebenfalls keine eigenständige Motivation zur Stimmabgabe. Ebenso wenig steigert eine ausgeprägte Zufriedenheit mit den politischen Akteuren und dem politischen Prozeß in der Bundesrepublik die Bereitschaft, an Bundestagswahlen teilzunehmen; zumindest bei der Wahl 2002 scheinen politische Entfremdung und ein diffuses Gefühl der ‚Politikverdrossenheit‘<sup>12</sup> die Partizipation nicht direkt gemindert haben.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Die empirischen Analysen stützen sich auf Daten aus der vor der Wahl 2002 durchgeführten Querschnittbefragung im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“. Projektnehmer sind Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger; die Daten wurden in der Zeit vom 3.8.2002 bis zum 21.9.2002 vom Intra-Institut, Mölln, erhoben.

<sup>10</sup> Die Wahlbeteiligung wird mit der im Anhang dokumentierten Frage erhoben; mit diesem Instrument wird die Partizipation, wie in vielen anderen Umfragen auch (siehe etwa Michael W. Traugott/John P. Katosh, 1979: Response Validity in Surveys of Voting Behavior, in: Public Opinion Quarterly, 43. Jg., S. 359-377, John P. Katosh/Michael W. Traugott, 1981: The Consequences of Validated and Self-reported Voting Measures, in: Public Opinion Quarterly, 45. Jg., S. 519-535; siehe aber auch David Adamany/Mack C. Shelley II, 1980: Encore! The Forgetful Voter, in: Public Opinion Quarterly, 44. Jg., S. 234-240), überschätzt. Dazu tragen verschiedene Komponenten mit weitgehend unbekannter Gewichtung bei: Nichtwähler könnten für Interviews nur schlecht erreichbar und zu gewinnen sein, zweitens auf die Wahlabsichtsfrage ‘weiß nicht’ äußern und drittens eine Wahlteilnahme angeben. Aussagen über Zusammenhänge mit anderen Merkmalen können von dieser Verzerrungstendenz ebenfalls beeinträchtigt werden, und zwar dann, wenn die Überschätzung der Wahlbeteiligung mit dem Merkmal zusammenhängt, dessen Beziehung zur Stimmabgabe untersucht werden soll. Geht man etwa der Frage nach, wie stark das Gefühl, das demokratische Wahlrecht impliziere für die Bürger eine Wahlpflicht, die Wahlpartizipation fördere, könnten unter den Nichtwählern jene mit einer verinnerlichten Wahlnorm systematisch häufiger wahrheitswidrig eine Wahlteilnahme angeben als Personen ohne Wahlpflichtgefühl. Im Ergebnis führte dies dazu, daß das empirische Muster stärker als bei korrekter Messung der Wahlbeteiligung im Einklang mit der Hypothese steht, eine Wahlnorm steigere die Wahlbeteiligung; der Zusammenhang würde somit überschätzt.

<sup>11</sup> Siehe etwa Paul F. Lazarsfeld/Bernard Berelson/Hazel Gaudet: The People’s Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1944.

<sup>12</sup> Siehe für eine überzeugende Kritik an dem Konzept Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit, Wiesbaden 2002.

<sup>13</sup> Siehe zu diesem Erklärungsmuster etwa Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann: Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/93, 1993, S. 36-49, Thomas Kleinhenz: Die Nichtwähler, Opladen 1995, S.167-174.

Tabelle 1: Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung 2002 (multiple Regression)

	Alle Befragten		Schwache Wahlnorm		Starke Wahlnorm	
	b	beta	b	beta	b	beta
Konstante	.54***		.35***		.85***	
Kirchenbindung	.02	.05	.09	.08	.02*	.07
Responsivitätsgefühl	.00	.00	.10	.12	-.02	-.06
Subjektive Kompetenz	-.00	-.00	-.07	-.07	.02	.05
Demokratiezufriedenheit	.02	.04	.08	.09	.03**	.10
Formale Bildung	.01	.03	.08	.10	.00	.01
Politisches Interesse	.08***	.17	.16*	.19	.06***	.20
Stärke der Parteibindung	.05***	.12	.19**	.22	.03***	.12
Kanzler-/Sach- fragenpräferenz	.11***	.18	.29***	.33	.03*	.07
Wahlnorm	.23***	.34	-	-	-	-
Korrigiertes R <sup>2</sup>	.30		.34		.10	
N	1175		177		998	

Datenbasis: Querschnitt-Vorwahlbefragung 2002, gesamtdeutsch repräsentativ gewichtet. Für die Operationalisierungen siehe den Anhang.

Lesehilfe: Ein b-Wert von 0,23 für die Wahlnorm bedeutet, daß eine um 1% stärkere Wahlnorm die Teilnahmewahrscheinlichkeit um 0,23% steigert. \*: signifikant auf dem 95%-Niveau; \*\*: signifikant auf dem 99%-Niveau; \*\*\*: signifikant auf dem 99,9%-Niveau.

Merklich ins Gewicht fallen empirisch nur vier Einstellungen, von denen drei mittel- und langfristig stabil sind und eine kurzfristig variieren kann. Erstens wirkt eine generelle Distanz zur politischen Sphäre partizipationshemmend, was sich daran ablesen läßt, daß mit wachsendem politischen Interesse die Wahlbeteiligung zunimmt. Zweitens fördert eine starke Parteibindung die Beteiligungsbereitschaft, weil eine Parteiidentifikation in einem Bürger in der Regel den Wunsch weckt, die von ihm favorisierte Partei möge in der anstehenden Wahl möglichst gut abschneiden, und ihn daher motiviert, seine Stimme für sie abzugeben. Drittens fördert das Gefühl, mit dem demokratischen Wahlrecht sei für die Bürger eine Pflicht zur Stimmabgabe verbunden, unabhängig vom konkreten Angebot an Kandidaten und Programmen bei einer Wahl die Bereitschaft, an einem Urnengang teilzunehmen. Da diese drei Einstellungen zwar nicht vollkommen unveränderlich sind, aber im Vergleich mit zahlreichen anderen politischen Attitüden nur relativ träge auf aktuelles politisches Geschehen reagieren, sprechen diese Bestimmungsgründe der Wahlbeteiligung dafür, daß Bürger unabhängig vom konkreten Angebot an Wahlen teilnehmen oder ihnen fernbleiben.<sup>14</sup> Doch entscheiden nicht

<sup>14</sup> Vgl. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes: *The American Voter*, New York 1960, S. 120-167; vgl. zur Parteiidentifikation in der Bundesrepublik Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio: *Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der*

allein stabile Faktoren über die Wahlbeteiligung: Eine Präferenz in bezug auf das Kandidaten- und Programmangebot bei der anstehenden Wahl steigert auch unter Kontrolle anderer Einflußfaktoren die Teilnahmebereitschaft merklich. Die politische Elite kann also mit attraktiven Programmen und Personen auch Bürger zur Stimmabgabe bewegen, die sonst der Wahlurne fernbleiben würden; daher kann die Wahlbeteiligung von Urnengang zu Urnengang durchaus beträchtlich, und zwar je nach der politischen Angebotssituation, variieren.

Das Potential der politischen Elite, die Wahlbeteiligung kurzfristig zu stimulieren, darf man indes nicht überschätzen. Denn die kurzfristig variablen Faktoren stehen, dies zeigt ein Vergleich der beta-Werte für alle Befragten in Tabelle 1, im Schatten der mittel- und langfristig stabilen Merkmale.<sup>15</sup> Genaugenommen ist der Einfluß der kurzfristig variablen Einstellungen im wesentlichen sogar auf ein Bevölkerungssegment beschränkt, nämlich die Bürger, die nicht ein Wahlpflichtgefühl verinnerlicht haben, das hier stellvertretend für langfristig stabile und die Wahlteilnahme unabhängig von der konkreten Angebotskonstellation begünstigende Dispositionen betrachtet wird: Wie sich den vier rechten Spalten von Tabelle 1 entnehmen läßt, fördert eine auf das Kandidaten- und Programmangebot bezogene Präferenz unter Bürgern, die von ihren langfristigen Dispositionen zur Stimmabgabe angeregt werden, nur vernachlässigenswert schwach die Wahlteilnahme. In nennenswertem Umfang können nur Personen, deren langfristige Dispositionen nicht für die Stimmabgabe sprechen, von einem attraktiven Angebot zur Wahlteilnahme veranlaßt werden. Die Wahlnorm entscheidet somit darüber, ob sich ein Bürger in seiner Beteiligungsbereitschaft vom aktuellen politischen Angebot wesentlich beeinflussen läßt; sie wirkt daher als Moderator- oder Filtervariable.<sup>16</sup>

Das Elektorat besteht gewissermaßen aus zwei Segmenten, von denen eines unabhängig vom konkreten Angebot mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit an Bundestagswahlen teilnimmt und von der politischen Konstellation nur unwesentlich zusätzlich zur Stimmabgabe angeregt werden kann; das andere setzt sich aus Bürgern zusammen, deren langfristige Dispositionen nicht für die Stimmabgabe sprechen, die aber von ansprechenden Kandidaten oder probaten

---

Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 235-271. Vgl. zur Wahlnorm in Deutschland Hans Rattinger/Jürgen Krämer, Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahresschrift, 36. Jg., 1995, S. 267-285.

<sup>15</sup> Siehe ähnlich etwa Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann: Der Nichtwähler – das unbekanntes Wesen, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 161-213, Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler, Opladen 1995, S. 190-200, Rattinger/Krämer, a.a.O., Max Kaase/Petra Bauer-Kaase: Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S. 85-112..

<sup>16</sup> Dieser Effekt kann auch nachgewiesen werden, wenn man die hier der Übersichtlichkeit halber weggelassenen Standardfehler berücksichtigt oder die Moderatorthese mit Hilfe eines Interaktionsterms überprüft.

Programmorschlägen zur Stimmabgabe animiert werden können; diese zweite Gruppe bildet also das Reservoir für die konjunkturellen Nichtwähler, die an einer Wahl teilnehmen, der nächsten aber fernbleiben.

In der Bundesrepublik ist das erste Segment deutlich größer als das zweite, da die langfristig stabilen Dispositionen, die die Wahlbeteiligung fördern, relativ weit verbreitet sind; beispielsweise geben vor der Wahl 2002 rund 80% der Deutschen an, es sei eine Pflicht der Bürger, an Wahlen teilzunehmen, und deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung geben sich als Anhänger einer politischen Partei zu erkennen. Nur ein im Vergleich zu anderen Demokratien kleines Bevölkerungssegment nimmt nicht selbstverständlich an Wahlen teil und kann daher von den wechselnden Angeboten in seiner Partizipationsentscheidung maßgeblich beeinflusst werden, so daß von Wahl zu Wahl nur relativ kleine Schwankungen der Partizipationsrate auftreten können. In Ostdeutschland<sup>17</sup> sind diese langfristig stabilen Faktoren, etwa Parteibindungen<sup>18</sup>, die Wahlnorm und das politische Interesse, schwächer ausgeprägt als im Westen, weshalb dort die ‚natürliche‘, d.h. ohne Mobilisierungsversuche der politischen Elite erreichbare Wahlbeteiligung niedriger liegt und die Partizipationsrate kurzfristig von Wahl zu Wahl stärker schwanken kann.

Selbst wenn es sich nur um eine kleine Gruppe handelt, können die Wechsler zwischen Stimmabgabe und –enthaltung von einer zur nächsten Wahl jedoch die parteipolitischen Kräfteverhältnisse merklich beeinflussen. Damit wäre dann zu rechnen, wenn ehemalige Nichtwähler massenhaft für eine bestimmte Partei votierten und diese überdies ihre früheren Wähler deutlich besser als ihre Konkurrenz von der Wahlabstinenz abhalten könnte. Dazu müßte sie besonders attraktives Personal oder probate Lösungsvorschläge präsentieren, da die Bewegungen zwischen Wahlbeteiligung und –enthaltung erkennbar mit den Einstellungen der Bürger zum politischen Angebot zusammenhängen.

---

<sup>17</sup> Für West- und Ostdeutschland separat durchgeführte Analysen der Gründe für die Wahlbeteiligung führen in beiden Landesteilen zu strukturell identischen Ergebnissen, allenfalls wirkt die angebotsbezogene Präferenz unter den Personen ohne Wahlpflichtgefühl in den neuen Ländern tendenziell stärker als in den alten.

<sup>18</sup> Vgl. Jürgen W. Falter/Hans Rattinger: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977 bis 1999, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 484-503, hier: S. 489. Zudem ist durchaus umstritten, ob in den neuen Bundesländern tatsächlich Parteibindungen im Sinne des Parteiidentifikationskonzepts vorliegen.

Tabelle 2: Wahlenthaltung 2002 in Abhängigkeit von Einstellungen und dem Wahlverhalten 1998  
(in Prozent; Fallzahlen in Klammern)

		<i>Zufriedenheit mit der Regierung</i>		
Wahl 1998		Unzufrieden	Teils/teils	Zufrieden
SPD/Grüne		10 (93)	7 (223)	2 (326)
Union/FDP		3 (252)	3 (134)	5 (54)
		<i>Sachkompetenz</i>		
Wahl 1998		Union/FDP	Keine/andere	SPD/Grüne
SPD/Grüne		4 (100)	9 (136)	4 (380)
Union/FDP		2 (355)	6 (55)	5 (29)
		<i>Kanzlerpräferenz</i>		
Wahl 1998		Stoiber	Keiner/andere	Schröder
SPD/Grüne		4 (63)	14 (63)	4 (529)
Union/FDP		3 (306)	8 (78)	4 (59)

Datenbasis: Querschnitt-Vorwahlbefragung 2002, gesamtdeutsch repräsentativ gewichtet. Für die Operationalisierungen siehe den Anhang.

Lesehilfe: Der Wert 10 in der ersten Zelle in der ersten Zeile bedeutet, daß von den SPD/Grünen-Wählern des Jahres 1998, die mit der Leistung der Bundesregierung unzufrieden sind, rund 10% sich 2002 der Stimme enthalten.

Dies läßt sich zunächst an den Bürgern beobachten, die der Wahl 2002 fernblieben, nachdem sie 1998 ihr Stimme abgegeben hatten. SPD/Grünen-Wähler des Jahres 1998 bleiben der Wahl 2002 signifikant häufiger fern, wenn sie die Regierungsleistung kritisch beurteilen; gerade die umgekehrte Tendenz findet sich unter den Union/FDP-Wählern des Jahres 1998, auf die Zufriedenheit mit der Regierung leicht demobilisierend gewirkt zu haben scheint (siehe Tabelle 2).<sup>19</sup> Wie die Befunde zur Lösungskompetenz und der Kandidatenbewertung zeigen, scheint aber Unzufriedenheit mit der Regierung die einstigen Regierungswähler nicht in jedem Fall zur Wahlabstinenz veranlaßt zu haben, sondern vor allem dann, wenn sie kein geeignetes Alternativangebot sahen. Denn nicht die Kanzlerpräferenz für Stoiber wirkte auf frühere SPD/Grünen-Wähler signifikant demobilisierend, sondern das Urteil, keiner der beiden Kanzlerkandidaten sei geeignet.

<sup>19</sup> Da zum Zeitpunkt der Niederschrift des Textes nur vorläufige Daten aus einer Wiederholungsbefragung zu den Wahlen 1998 und 2002 vorliegen, die wegen der geringen Zahl der erfaßten Nichtwähler keine seriösen Analysen gestatten, wird in den Analysen das Wahlverhalten 1998 mit der sogenannten Rück Erinnerungsfrage gemessen, die zu einer künstlichen Harmonisierung der Angaben zu zurückliegendem Wahlverhalten mit den aktuellen Parteipräferenzen führt (siehe dazu auch Abschnitt 2.2).

Tabelle 3: Politische Einstellungen und die Wahlentscheidung der Nichtwähler 1998 bei der Wahl 2002 (Zeilenprozent)

	SPD/Grüne	Union/FDP	andere	Nichtwahl	N
<i>Kanzlerpräferenz</i>					
Schröder	38	17	10	36	17
keiner von beiden	7	19	5	69	42
Stoiber	12	53	0	35	42
<i>Sachkompetenz</i>					
SPD/Grüne	55	5	0	40	20
keine/andere	11	20	11	58	45
Union/FDP	5	59	5	32	22
<i>Zufriedenheit mit der Regierung</i>					
unzufrieden	14	22	6	58	36
teils/teils	22	31	8	39	36
zufrieden	39	28	6	28	18

Datenbasis: Querschnitt-Vorwahlbefragung 2002, repräsentativ gewichtet. Für die Operationalisierungen siehe den Anhang.

Die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler wird ebenfalls von deren Einstellungen zu den Leistungen und Angeboten der Parteien beeinflusst. Wie Tabelle 3 zeigt, steigt mit der Regierungszufriedenheit die Wahrscheinlichkeit, daß frühere Nichtwähler im Jahr 2002 für die Regierungsparteien stimmen; umgekehrt wächst aber mit der Unzufriedenheit nicht die Unterstützung für die Oppositionsparteien, sondern die neuerliche Wahlabstinenz. Zugleich können die Parteien unter den Nichtwählern, die sie von ihren Angeboten überzeugen können, einen vergleichsweise großen Stimmenanteil verbuchen, während Nichtwähler, die keine Partei für kompetent und keinen Kanzlerkandidaten für geeignet halten, in ihrer übergroßen Mehrzahl nicht an der Wahl teilnehmen. Kurz, frühere Nichtwähler geben ihre Stimme offenbar ab, wenn sie eines der Angebote für attraktiv halten, und ehemalige Wähler bleiben der Urne in erster Linie dann fern, wenn sie nicht nur von der vormals gewählten Partei enttäuscht sind, sondern sich im Angebot keiner Partei wiederfinden.

## 2.2 Stamm- und Wechselwähler 2002

Bei der Bundestagswahl 2002 entschieden sich in den alten wie in den neuen Bundesländern ähnlich viele Wähler wie 1998 für eine andere Partei als noch vier Jahre vorher. In Westdeutschland wählte rund ein Viertel der Teilnehmer an beiden Urnengängen 2002 eine andere Partei als vier Jahre vorher, während in Ostdeutschland rund 30% Wechselwähler zu finden sind. Damit hat sich die Wechselrate in beiden Landesteilen auf einem im historischen Ver-

gleich hohen Niveau stabilisiert.<sup>20</sup> Zu bedenken ist dabei, daß diese Wechselraten anhand der sogenannten Rückerinnerungsmethode ermittelt wurden: Die Befragten wurden im Jahr 2002 gebeten, ihr aktuelles Wahlverhalten sowie ihre Wahlentscheidung 1998 anzugeben. Zwar muß man nicht so weit gehen zu vermuten, Befragte fühlten sich „sündig“<sup>21</sup>, wenn sie sich zu wechselndem Wahlverhalten bekennen, doch konnte in verschiedenen Ländern nachgewiesen, daß diese Erhebungstechnik Personen dazu verleitet, ihre Angaben zum früheren Wahlverhalten an ihre gegenwärtigen Parteipräferenzen anzupassen und daher die Stabilität ihres Stimmverhaltens zu übertreiben;<sup>22</sup> bei der Bundestagswahl 1998, beispielsweise, sorgte dies für eine Unterschätzung der Wechselrate um rund zehn Prozentpunkte.<sup>23</sup> Stellt man die Verzerrungstendenz in Rechnung, sprechen die berichteten Wechselraten erst recht dafür, in den für den politischen Wettbewerb zentralen Wechselwählern,<sup>24</sup> nicht eine vernachlässigbare Randgruppe des Elektorats zu sehen, sondern ein auch zahlenmäßig wichtiges Segment.

Die Ursachen für Parteiwechsel liegen hauptsächlich in Einstellungsänderungen innerhalb einer Legislaturperiode.<sup>25</sup> Zum einen läßt sich dies daran ablesen, daß Wähler von SPD und Grünen, die sich 1998 eine gute rot-grüne Regierungsarbeit versprochen haben dürften, um so häufiger zu Union oder FDP wechseln, je unzufriedener sie mit der Regierung sind. Gerade umgekehrt entscheiden sich Union/FDP-Wähler des Jahres 1998, die damals eine rot-grüne Regierung mit Skepsis oder sogar Argwohn betrachtet haben dürften, um so wahrscheinlicher für SPD oder Grüne, je besser sie die Regierungsleistung beurteilen (siehe Tabelle 4).<sup>26</sup>

<sup>20</sup> Siehe auch Harald Schoen, Wechselwahl – Konzepte, Methoden und Befunde, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Empirische Wahlforschung (in Vorbereitung)

<sup>21</sup> Erwin K. Scheuch: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, in: Rudolf Wildenmann/Erwin K. Scheuch (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, Opladen 1965, S. 113-125, hier: S. 170.

<sup>22</sup> Siehe etwa Cees van der Eijk/Broer Niemöller: Recall Accuracy and its Determinants, in: Acta Politica 14. Jg., 1979, S. 289-342, Ragnar Waldahl/Bernt Olav Aardal: The Accuracy of Recalled Previous Voting: Evidence from Norwegian Election Study Panels, in: Scandinavian Political Studies 23. Jg., 2000, S. 373-389.

<sup>23</sup> Vgl. Harald Schoen: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich, in: Jan van Deth/Hans Rattinger/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität?, Opladen 2000, S. 199-226. Im Vergleich zu Aussagen über die Höhe der Wechselrate verzerrt die Recallmethode Zusammenhänge der Wechselwahl mit anderen Größen nur relativ wenig (siehe hierzu auch Jürgen W. Falter/Harald Schoen: Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand?, in: Oskar Niedermayer/Bettina Westle (Hrsg.), Demokratie und Partizipation, Wiesbaden 2000, S. 13-33).

<sup>24</sup> Vgl. Erwin Faul: Soziologie der westdeutschen Wählerschaft, in: Dolf Sternberger/Friedrich Erbe/Peter Molt/Erwin Faul: Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Villingen 1960, S. 135-315, hier: S. 225.

<sup>25</sup> Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter: It's time for a change! – Wechselwähler bei der Bundestagswahl 1998, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 56-89, Oscar W. Gabriel: ‚It's Time for a Change‘ – Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Sommer, Franz (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien 2000, S. 333-392, hier: S. 357-387.

<sup>26</sup> Die in den Tabellen 4-7 dargestellten Ergebnisse beruhen auf einer Wiederholungsbefragung der 1998 interviewten Personen vor der Wahl 2002, die im Rahmen des angeführten DFG-Projekts ebenfalls vom Inra-Institut durchgeführt wurde. Wegen der Panelmortalität und der Tatsache, daß nur die vor der Wahl 2002 durchgeführten Interviews berücksichtigt werden konnten, sind die Befunde mit Vorsicht zu interpretieren; dies gilt insbesondere für absolute Prozentangaben, im Vergleich dazu sind Aussagen über Zusammenhänge, auf die sich die Darstellung konzentriert, relativ robust gegenüber möglichen Verzerrungen.

Tabelle 4: Stabilität des Wahlverhaltens in Abhängigkeit von der Wahlentscheidung 1998 und der Zufriedenheit mit der Regierung vor der Wahl 2002 (Zeilenprozent)

Wahlverhalten 1998	unzufrieden	teils/teils	zufrieden	Cramers V	N
SPD/Grüne	52	36	(12)	.53***	385
Union/FDP	(10)	35	55	.45***	309

Siehe für die Operationalisierung den Anhang. Paneldaten, ost-west-gewichtet.

Lesehilfe: Der Wert 52 in der linken Zelle in der ersten Zeile bedeutet, daß Wähler, die sich 1998 für SPD oder Grüne entschieden und 2002 mit der Regierungsarbeit unzufrieden waren, zu 52 Prozent bei der Wahl 2002 zu CDU/CSU oder FDP wechselten.

Zum anderen ist ein deutlicher Effekt von geänderten Einstellungen zu den Spitzenkandidaten und der Lösungskompetenz der Parteien erkennbar (siehe Tabelle 5). SPD- und Grünen-Wähler des Jahres 1998, die auch 2002 der Meinung waren, eine der Regierungsparteien sei am ehesten fähig, das wichtigste politische Problem zu lösen, hielten ihrer Partei zu 97% die Treue, während eine Änderung der Kompetenzvermutung zugunsten von CDU/CSU oder FDP zu rund fünfzig Prozent einen entsprechenden Wechsel an der Wahlurne nach sich zog. Ganz ähnlich verhalten sich die Wähler von Union und FDP, so daß sich festhalten läßt: Ein Wechsel der Parteipräferenz auf einer der Einstellungsdimensionen zieht mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit einen Parteiwechsel an der Wahlurne nach sich.

Tabelle 5: Stabilität des Wahlverhaltens in Abhängigkeit vom Wahlverhalten 1998 und der Stabilität politischer Einstellungen (in Prozent)

Wahl 1998	Stabil Wechsel zur 1998 gewählten Seite	oder Wechsel zur an- deren Seite	Cramers V	N
<i>Problemlösungskompetenz</i>				
SPD/Grüne	3	48	.56***	360
Union/FDP	9	60	.51***	294
<i>Kandidatenpräferenz</i>				
SPD/Grüne	7	71	.63***	380
Union/FDP	6	55	.55***	308
<i>Kandidaten: Wirtschaftskompetenz</i>				
SPD/Grüne	7	37	.36***	238
Union/FDP	11	52	.41***	166
<i>Kandidaten: Sympathie</i>				
SPD/Grüne	13	55	.40***	245
Union/FDP	16	22	.07	182
<i>Kandidaten: Vertrauen</i>				
SPD/Grüne	9	46	.43***	237
Union/FDP	7	44	.45***	171
<i>Kandidaten: Tatkraft</i>				
SPD/Grüne	10	42	.37***	238
Union/FDP	13	33	.23***	169

Siehe für die Operationalisierungen den Anhang. Paneldaten, ost-west-gewichtet.

Lesehilfe: Der Wert 3 in der linken Zelle in der ersten Zeile bedeutet, daß Wähler, die sich 1998 für SPD oder Grüne entschieden und bis 2002 ihre Kompetenzvermutung nicht oder zugunsten dieser beiden Parteien veränderten, zu drei Prozent bei der Wahl 2002 zu CDU/CSU oder FDP wechselten.

Erweitert man die Betrachtung um verschiedene Dimensionen der Kandidatenbewertung, fallen einige interessante Unterschiede ins Auge. Generell beeinflussen die wahrgenommene Wirtschaftskompetenz und Vertrauenswürdigkeit der Bewerber um das Kanzleramt die Wechselentscheidung etwas stärker, als das Urteil über die Tatkraft der Kandidaten und die Sympathieeinschätzungen es vermögen. Dabei ist diese Tendenz bei den Wechslern von Union und FDP etwas deutlicher erkennbar als bei den Wählern, die in der umgekehrten Richtung die Seiten wechselten. Es scheint, als hätten sich die Wähler, die CDU/CSU und FDP auch 1998 bei deren Erdrutschniederlage die Treue hielten, 2002 von vergleichsweise ‚unpolitischen‘ Eindrücken kaum zu einem weitreichenden Wechsel über die Lagergrenzen hinweg bewegen lassen, sondern vor allem von Zweifeln an der Kompetenz der vormals gewählten Partei; im Vergleich dazu konnten die Wähler des 1998 siegreichen Parteienbündnisses stärker auch von persönlichen Sympathien zu einer Revision ihrer Wahlentscheidung veranlaßt werden.

Tabelle 6: Stabilität des Wahlverhaltens in Abhängigkeit vom Wahlverhalten 1998 und der Links-Rechts-Selbsteinstufung 1998 (in Prozent)

Wahlverhalten 1998	Links	Mitte	Rechts	Cramers V	N
SPD/Grüne	10	22	(32)	.19***	376
Union/FDP	(41)	19	7	.24***	296

Für die Operationalisierung siehe den Anhang. Paneldaten, ost-west-gewichtet.  
Lesehilfe: Der Wert 10 in der linken Zelle in der ersten Zeile bedeutet, daß Wähler, die sich 1998 für SPD oder Grüne entschieden und als links einstufen, bei der Wahl 2002 zu zehn Prozent zu CDU/CSU oder FDP wechselten.

Tabelle 7: Stabilität des Wahlverhaltens in Abhängigkeit vom Wahlverhalten 1998 und der Parteiidentifikation 1998 (in Prozent)

Wahlverhalten 1998	Überzeugte Anhänger SPD/Grüne	Anhänger SPD/Grüne	Keine/andere	Anhänger Union/FDP	Überzeugte Anhänger Union/FDP	Cramers V	N
SPD/Grüne	10	14	29	(73)	(-)	.32***	387
Union/FDP	(80)	(83)	29	22	7	.38***	309

Für die Operationalisierung siehe den Anhang. Paneldaten, ost-west-gewichtet.  
Lesehilfe: Der Wert 10 in der linken Zelle in der ersten Zeile bedeutet, daß Wähler, die sich 1998 für SPD oder Grüne entschieden und als überzeugte Anhänger einer dieser Parteien zu erkennen gaben, bei der Wahl 2002 zu zehn Prozent zu CDU/CSU oder FDP wechselten.

Für Attitüdenänderungen zuungunsten der ehemals gewählten Partei sind jene Wähler am anfälligsten, die von dieser Partei nicht völlig überzeugt waren, selbst als sie für sie stimmten. Dies läßt sich daran ablesen, daß Personen, die auf Grund ihrer Einstellungen als Kernklientel des rot-grünen bzw. des schwarz-gelben Lagers gelten können, ihrer Seite am ehesten die Treue hielten. Ordnet man die Befragten nach ihrer Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum an, zeigt sich: Je weiter links sich die SPD- und Grünen-Wähler des Jahres 1998

einordneten, um so seltener wechselten sie 2002 auf die gegnerische Seite; gerade umgekehrt steigt unter den Wählern der 1998 zur Wiederwahl anstehenden christlich-liberalen Koalition mit einer linken Selbsteinstufung die Wahrscheinlichkeit, bei der Wahl 2002 zu SPD oder Grünen zu wechseln, auf über 40% an (siehe Tabelle 6). Ebenso steht die Parteiidentifikation in einem deutlichen Zusammenhang mit der Wechselbereitschaft: SPD- und Grünen-Wähler, die sich 1998 als überzeugte Anhänger einer dieser Parteien bezeichneten, kehrten diesen zu nur 10% den Rücken, schwache Anhänger zu 15%, Parteilose und Anhänger dritter Parteien etwa zu einem Drittel und Anhänger von Union und FDP wechselten mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit zur bürgerlichen Opposition (siehe Tabelle 7). Die über politische Einstellungen abgegrenzte Kernklientel der beiden potentiellen Lager legt also die größte Resistenz gegen Abwerbeversuche der Gegenseite an den Tag. Auch in der Politik schmilzt das Eis also zuerst an den Rändern.

### 2.3 Zusammenfassung

Aus der Analyse der Gründe für Wahlenthaltung sowie Wieder- und Wechselwahl läßt sich damit folgendes festhalten. Wähler, die von ihrer bisherigen Partei enttäuscht sind, enthalten sich der Stimme oder stimmen für eine andere Partei. Ersteres ist wahrscheinlich, wenn sie sich im Angebot keiner der Parteien wiederfinden, da sie dann keinen Anreiz besitzen, an der Wahl teilzunehmen. Für die zweite Möglichkeit werden sie sich entscheiden, wenn sie eine andere Partei etwa wegen schlüssiger Programmvorschläge, eines ansprechenden öffentlichen Erscheinungsbildes oder populären Personals für attraktiver hält als die ehemals gewählte. Ebenso werden einige vormalige Nichtwähler eine Stimme abgeben, und zwar für die Partei, die ihnen im Moment am attraktivsten erscheint. Mit anderen Worten: Bürger kehren Parteien den Rücken zu, deren Angebot sie nicht mehr goutieren, und wenden sich jener Seite zu, die ihren Vorstellungen nun am nächsten kommt. Eine Wahl bietet den Bürgern also Gelegenheit, einen Gesinnungswandel an der Wahlurne in Stimmverhalten auszudrücken, weshalb die Wählerschaft einer Partei unmittelbar nach einem Urnengang in ihren politischen Einstellungen in der Regel homogener ist, als wenn man dieselben Personen im Laufe der folgenden Legislaturperiode nach ihren politischen Attitüden fragte.<sup>27</sup>

---

<sup>27</sup> Siehe auch Robert S. Milne/Hugh C. Mackenzie: *Straight Fight. A study of voting behaviour in the constituency of Bristol North-East at the General Election of 1951*, London 1954, S. 104-112, Robert S. Milne/Hugh C. Mackenzie: *Marginal Seat. A Study of Voting Behaviour in the Constituency of Bristol North East at the General Election of 1955*, London 1958, S. 116-117; Valdimer O. Key: *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960*, New York 1966.

Gleichwohl heißt das nicht zwangsläufig, daß die Wähler einer Partei zum Zeitpunkt des Urnengangs einmütig hinter den politisch-inhaltlichen Konzepten ‚ihrer‘ Partei stehen. Denn zum einen begünstigen Einstellungsänderungen zwar den Wechsel zu einer anderen Partei, doch – wie wir gesehen haben – bedeutet dies nicht unbedingt, daß alle Wechsler zu dieser Partei einen Einstellungswandel in diese Richtung vollzogen haben. Zum anderen sind Einstellungen zu Problemlösungsvorschlägen und zu Positionen in gesellschaftlichen Streitfragen nur ein möglicher Auslöser für einen Parteiwechsel; ebensogut können Einstellungen zu vergleichsweise unpolitischen Partei- oder Kandidatenimages über die Stimmvergabe entscheiden. Folglich spricht die Tatsache, daß Einstellungsänderungen der wesentliche Motor der Stimmenverschiebungen zwischen zwei Wahlen sind, zwar gegen einen gravierenden Dissens unter den Wählern einer Partei, doch kann daraus nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß sie die Politik der gewählten Partei einhellig unterstützen. Um die Frage zu beantworten, ob sich nach der Wahl 2002 eine der beiden potentiellen Regierungen legitimerweise auf ein *policy*-Mandat berufen kann, untersuchen wir daher im nächsten Schritt die politischen Einstellungen der Wähler von SPD und Grünen einerseits sowie von Union und FDP andererseits.

### 3. Politische Einstellungen der Wähler von SPD/Grüne und Union/FDP

Wahlsiegern steht es grundsätzlich frei, ihren Sieg nach ihrem Dafürhalten zu interpretieren, denn in der Demokratie gilt bekanntlich ‚Mehrheit ist Mehrheit‘. Ob die Interpretation eines Wahlergebnisses als Wählerauftrag jedoch stichhaltig ist, hängt entscheidend davon ab, inwieweit die Bürger ihre Stimmen im Einklang mit ihren politischen Präferenzen abgeben. Halten die Wähler etwa den Spitzenkandidaten der gewählten Partei für sehr attraktiv, können sich aber in deren Programmangebot nicht wiederfinden, wäre es fahrlässig, das Wählervotum als Auftrag für eine bestimmte inhaltliche Politik zu interpretieren; allenfalls als persönliches Mandat für den Spitzenbewerber könnte es gelten. Ebensowenig kann sich eine Partei auf ein überzeugendes inhaltliches Wählermandat berufen, deren Wähler allein die Ablehnung der übrigen Parteien eint. Wäre dagegen die Ablehnung der anderen Parteien mit der Überzeugung verbunden, die gewählte Partei vertrete vernünftige Konzepte und sei fähig, sie zu verwirklichen, dann könnte sinnvoll von einem solchen Wählerauftrag gesprochen werden.

Verschiedenen Wählersegmenten kommt dabei unterschiedlich großes Gewicht zu. Mit der Mobilisierung von Stammwählern gelingt es einer Partei, einen Wettbewerbsnachteil zu vermeiden; zugleich ist bei diesen Wiederwählern eine vergleichsweise hohe Übereinstimmung mit dem Angebot der Partei zu erwarten. Einen größeren Gewinn in der Konkurrenz um die

Parlamentssitze bringen Stimmen von ehemaligen Nichtwählern und erst recht von früheren Wählern anderer Parteien ein; wie die Analyse in Abschnitt 2.2 nahelegt, dürften diese Stimmbürger jedoch die gewählte Partei und deren Vorhaben weniger unterstützen als deren Stammwähler. Paradoxe Weise könnten daher unter den Wählern einer Partei jene am wenigsten hinter deren Politik stehen, die mit ihrem Stimmverhalten den größten Beitrag leisten, daß diese politischen Vorhaben verwirklicht werden können. Inwieweit diese Vermutungen zutreffen und inwieweit die Wähler 2002 den beiden potentiellen Regierungen einen Programmauftrag erteilten, gilt es im folgenden empirisch zu untersuchen.

Die Wählerschaft der rot-grünen Regierungsparteien steht in großer Einhelligkeit hinter dem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder: 95% der rot-grünen Stammwähler, aber auch rund 85% der wenigen Wechsler zu SPD und Grünen ziehen den SPD-Vorsitzenden seinem bayerischen Herausforderer vor (siehe Tabelle 8). Im Vergleich dazu genießt Edmund Stoiber unter den Wählern von CDU/CSU und FDP nur schwachen Rückhalt. So ziehen ihn vier Fünftel der christlich-liberalen Stammwähler vor; nur gut die Hälfte derjenigen Wähler, die den Oppositionsparteien den Rücken direkt auf Kosten der rot-grünen Regierung stärkten, favorisiert ihn, immerhin ein knappes Drittel sähe dagegen Schröder lieber als Bundeskanzler; und unter den ehemaligen Nichtwählern, die 2002 für die bürgerlichen Oppositionsparteien stimmten, halten sich die Präferenzen für Stoiber und für Schröder sogar die Waage. Die Wähler von SPD und Grünen stehen praktisch einmütig hinter ‚ihrem‘ Kanzlerkandidaten, während die Stimmabgabe zugunsten von CDU/CSU und FDP häufig mit Skepsis gegenüber dem Unionskanzlerkandidaten verbunden ist – gerade zahlreiche Neuwähler von Union und FDP scheinen den Unionskanzlerkandidaten allenfalls billigend in Kauf genommen zu haben.

Tabelle 8: Einstellungen zu Kandidaten, möglichen Koalitionen, der Regierungsarbeit und der Problemlösungskompetenz der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 nach dem Wahlverhalten bei den Wahlen 1998 und 2002 (Angaben: Spaltenprozent)

	Stammwähler SPD/Grüne	Nichtwahl zu SPD/Grüne	Union/FDP zu SPD/Grüne	SPD/Grüne zu Nichtwahl	Union/FDP zu Nichtwahl	SPD/Grüne zu Union/FDP	Nichtwahl zu Union/FDP	Stammwähler Union/FDP
<i>Kandidatenpräferenz</i>								
Schröder	95	84	85	58	13	29	39	7
Keiner/beide	4	8	-	32	75	14	27	13
Stoiber	1	8	15	11	13	57	35	81
N	462	25	26	19	8	90	26	353
<i>Kandidatenpräferenz: Tatkraft</i>								
Schröder	59	35	58	40	20	17	30	8
Beide gleich	33	61	23	40	40	44	48	35
Stoiber	8	4	19	20	40	38	22	57
N	441	23	26	20	5	86	23	352
<i>Kandidatenpräferenz: Vertrauen</i>								
Schröder	76	67	65	52	14	21	22	6
Beide gleich	21	19	23	43	71	39	35	23
Stoiber	3	14	12	5	14	41	44	71
N	441	21	26	21	7	91	23	360
<i>Kandidatenpräferenz: Sympathie</i>								
Schröder	89	78	77	68	75	47	46	24
Beide gleich	7	9	15	27	13	26	27	33
Stoiber	4	13	8	5	13	26	27	44
N	460	23	26	22	8	91	26	363
<i>Kandidatenpräferenz: Wirtschaftskompetenz</i>								
Schröder	65	61	19	52	25	19	19	4
Beide gleich	27	30	58	29	50	15	35	12
Stoiber	8	9	23	19	25	66	46	83
N	437	23	26	21	8	89	26	349

	Stammwähler SPD/Grüne	Nichtwahl zu SPD/Grüne	Union/FDP zu SPD/Grüne	SPD/Grüne zu Nichtwahl	Union/FDP zu Nichtwahl	SPD/Grüne zu Union/FDP	Nichtwahl zu Union/FDP	Stammwähler Union/FDP
<i>Zufriedenheit mit der Regierung</i>								
Unzufrieden	7	17	11	35	56	34	27	62
Teils/teils	31	38	56	40	22	51	46	28
Zufrieden	63	46	33	25	22	15	27	10
N	453	24	27	20	9	86	26	356
<i>Koalitionspräferenz</i>								
SPD/Grüne	66	41	44	26	-	4	-	0
Große Koalition	10	27	20	32	33	26	36	13
Andere Koalition	24	32	28	37	-	20	20	6
Union/FDP	0	-	8	5	67	50	44	81
N	455	22	25	19	6	90	25	359
<i>Problemlösungskompetenz</i>								
SPD/Grüne	73	59	63	33	43	9	8	2
Andere/keine	21	32	15	58	57	23	35	11
Union/FDP	7	9	22	8	-	68	58	87
N	464	22	27	24	7	90	26	367

Siehe für die Operationalisierungen den Anhang. Gewichtete Vorwahl-Querschnittsdaten, gesamtdeutsche Ergebnisse; siehe auch Fußnote 23.

Ein differenziertes Bild ergibt sich, wenn man nicht nur die globale Kanzlerpräferenz betrachtet, sondern einzelne Dimensionen der Kandidatenbewertung untersucht. Was die vermutete Tatkraft der Kanzlerkandidaten angeht, lassen sich nur geringfügige Unterschiede erkennen: Jeweils rund 60 Prozent der Stammwähler sehen im Kanzlerkandidaten ihrer Seite den tatkräftigeren Politiker, nur rund zehn Prozent vermuten beim gegnerischen Kanzlerkandidaten die größere Tatkraft; ebenso sehen beide Stammwählerschaften zu etwa drei Viertel in ‚ihrem‘ Kandidaten den vertrauenswürdigeren Menschen. Gleichwohl unterscheiden sich die Lagerwechsler in beiden Richtungen, da Schröder unter den Wechslern von CDU/CSU und FDP zu SPD und Grünen im Hinblick auf Tatkraft und Vertrauenswürdigkeit über einen tendenziell größeren Rückhalt verfügt als Stoiber unter den Wechslern zu Union und FDP. Gerade von den Wählern, die den beiden Oppositionsparteien unmittelbar auf Kosten der rot-grünen Koalition Stimmengewinne einbrachten, entschieden sich vergleichsweise viele somit nicht im Einklang mit ihrem Urteil über die Tatkraft und die Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten.

Noch weniger günstig nimmt sich das Bild für Edmund Stoiber aus, wenn man nach der persönlichen Sympathie für die Bewerber fragt. Auf diesem Feld kann Gerhard Schröder unter rot-grünen Stammwählern 90% und unter den Neuwählern der Regierungsparteien 80% Zustimmung verbuchen. Unter den Stammwählern von CDU/CSU und FDP erscheint sein Konkurrent aus Bayern dagegen nur 44% als menschlich sympathischer, immerhin ein Viertel dieser Wähler hält Schröder für sympathischer; unter den Neuwählern von Union und FDP kehrt sich dieses Verhältnis sogar um. Die Bürger, die Union und FDP echte Stimmengewinne brachten und damit deren Aussichten auf die Regierungsübernahme erheblich verbesserten, stehen der Person des Unionskanzlerkandidaten also ausgesprochen reserviert gegenüber, ja nicht einmal die Stammwähler der bürgerlichen Oppositionsparteien konnte Stoiber menschlich mehrheitlich überzeugen.

Auf der vierten Bewertungsdimension sieht es etwas anders aus. Denn rund vier Fünftel der Stammwähler von CDU/CSU und FDP bescheinigen Edmund Stoiber eine größere Wirtschaftskompetenz als dem amtierenden Kanzler, ein Urteil, dem sich immerhin zwei Drittel der direkten Wechsler von SPD und Grünen zu Union und FDP anschließen. Ebenso viele Stammwähler der rot-grünen Koalition halten Schröder für den ökonomisch kompetenteren Kandidaten; auf diesem zentralen Feld der deutschen Innenpolitik findet Edmund Stoiber in seiner Stammklientel somit deutlich größeren Rückhalt als der amtierende Bundeskanzler in seiner. Erst recht hat er einen Vorsprung unter den Interlagerwechslern, da die Wähler, die direkt von CDU/CSU und FDP zu SPD und Grünen wechseln, nur zu einem Fünftel von der

größeren Wirtschaftskompetenz Schröders überzeugt sind. Am 22. September 2002 stimmten also merklich mehr Wähler von SPD und Grünen nicht im Einklang mit ihrem Urteil über die ökonomische Sachkompetenz der Kandidaten als Wähler von Union und FDP; nicht zuletzt scheinen – dies läßt sich auch angesichts der teilweise sehr niedrigen Fallzahlen festhalten – die Wechselwähler, die die rot-grüne Regierung unmittelbar auf Kosten der bürgerlichen Oppositionsparteien stärkten, deutlich größere Zweifel an der Wirtschaftskompetenz ‚ihres‘ Kanzlerkandidaten aufzuweisen, als dies für die Wechsler in die Gegenrichtung galt.

Generell können daher die Stimmen für die rot-grüne Koalition als Vertrauensbeweis für Gerhard Schröder gelesen werden, der jedoch in bezug auf die rollennahen, also eher ‚politischen‘ Kandidatendimensionen erkennbar schwächer ausfällt als hinsichtlich der rollenfernen.<sup>28</sup> Im Vergleich dazu sind die Voten für Union und FDP mit deutlich größeren Vorbehalten gegen den Unionskandidaten verbunden: Zwar besitzt Edmund Stoiber auf rollennahen Dimensionen, etwa im Hinblick auf die Wirtschaftskompetenz, einen Vorsprung, doch stößt er auf erhebliche Akzeptanzprobleme, wenn es um seine wahrgenommenen menschlichen Qualitäten geht. Zugespißt formuliert, favorisieren die Wähler von Union und FDP eher den Politiker Edmund Stoiber, während die Wähler von SPD und Grünen in erster Linie dem Menschen Gerhard Schröder den Vorzug geben, obgleich sie Zweifel an seinen fachlichen Qualitäten hegen.<sup>29</sup>

Zweifel an der Sachkompetenz der rot-grünen Regierung werden auch deutlich, wenn die Bürger nach ihrer Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit gefragt werden. Zwar stellen rund zwei Drittel der Stammwähler von SPD und Grünen der Regierung für die Legislaturperiode von 1998 bis 2002 ein gutes Zeugnis aus, doch lediglich ein Drittel der Wechsler zu den Regierungsparteien schließen sich diesem Urteil an. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß sich von den SPD- und Grünen-Wählern weniger als ein Fünftel unzufrieden mit der Regierungsarbeit zeigt, kann man zumindest folgern, daß die Regierungsparteien ihre Wählerunterstützung nicht als uneingeschränkte Zustimmung zu ihrer Politik in der vorangegangenen Legisla-

---

<sup>28</sup> Siehe für unterschiedliche Konzeptionalisierungen der Kandidatendimensionen etwa Markus Klein/Dieter Ohr: Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: Hans Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden 2001, S. 91-132, Frank Brettschneider: Candidate-Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960 bis 1998. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden 2001, S. 351-400.

<sup>29</sup> Die Ergebnisse zu den Kanzlerkandidaten sind nicht dadurch verzerrt, daß FDP-Wähler womöglich den Kandidaten ihrer Partei vorzogen. Denn der Analyse liegen in der Regel Vergleiche von Ratingskalen zu Schröder und Stoiber zugrunde; lediglich die summarische Kanzlerpräferenz wird mit einem anderen Instrument gemessen (siehe Anhang), das jedoch – wie hier nicht berichtete Validierungsanalysen belegen – zu keinen Verzerrungen führt.

turperiode werten dürfen. Ein schlichtes ‚Weiter so!‘ scheinen die SPD- und Grünen-Wähler offenbar nicht zu wünschen.

Eine gewisse Reserve gegenüber dem rot-grünen Bündnis verraten auch die Koalitionspräferenzen der Wähler. Denn selbst von den rot-grünen Stammwählern sprechen sich nur zwei Drittel für eine Fortsetzung dieser Koalition aus; dagegen plädieren unter den Stammwählern von CDU/CSU und FDP immerhin vier Fünftel für ein Bündnis beider Parteien. In diesem Ergebnis spiegelt sich zwar zu einem gewissen Teil auch die größere Zahl an Koalitionsoptionen wider, über die die SPD vor der Bundestagswahl 2002 im Vergleich zur Union verfügte, doch deuten die Befunde ferner darauf hin, daß die rot-grüne Koalition in ihrer Stammklientel auf größere Vorbehalte stieß als ein potentiell christlich-liberales Bündnis in seiner Stammwählerschaft. Die Unterschiede zwischen den beiden potentiellen Koalitionen verschwinden, wenn man die Wechselwähler in den Blick nimmt: Jeweils zwischen 40 und 50% sprechen sich für die ‚richtige‘ Koalition aus, während die übrigen Wähler eine Große Koalition oder ein anderes Regierungsbündnis vorziehen. Gemessen an den Koalitionspräferenzen ihrer Wähler, können sich daher beide möglichen Koalitionen nicht auf uneingeschränkte Unterstützung berufen, wobei das rot-grüne Bündnis noch etwas skeptischer gesehen wird als ein schwarz-gelbes; soweit sich Koalitionspräferenzen aus Vorstellungen zu den Inhalten der Regierungspolitik speisen, deutet dies zugleich auf vergleichsweise große Zweifel an der Politik der rot-grünen Regierung unter ihren Wählern hin.

Direkter als die Koalitionspräferenz erfaßt die Frage nach der Problemlösungskompetenz Urteile über das inhaltliche Angebot der Parteien, da ein solches Kompetenzurteil die Zustimmung zu den Vorschlägen einer Partei auf einem zentralen Politikfeld voraussetzt. Ihren Stammwählern erscheinen beide potentiellen Koalitionen bei Zustimmungsraten von jeweils rund vier Fünfteln als ähnlich kompetent. Indes findet das christlich-liberale Bündnis unter den Wechslern von SPD und Grünen zu Union und FDP – auch wenn man die niedrigen Fallzahlen berücksichtigt – deutlich größere Unterstützung als die rot-grüne Koalition unter den Wechslern in der entgegengesetzten Richtung. Die Wähler, die den größten Anteil daran haben, daß die rot-grüne Koalition im Amt bleiben konnte, zeigen sich somit wesentlich unsicherer in ihrem Kompetenzurteil über die gewählte Partei als die Bürger, die am stärksten zu einem möglichen Machtwechsel beigetragen haben. Insoweit hätte eine christlich-liberale Koalition aus einem Wahlsieg für sich eher einen Auftrag ableiten dürfen, eine bestimmte Politik zu verwirklichen, als die schließlich siegreiche rot-grüne Koalition.<sup>30</sup>

---

<sup>30</sup> Wie hier nicht dokumentierte Analysen zeigen, unterscheiden sich die verschiedenen Wählergruppen in der Beurteilung, auf welchen Politikfeldern die zentralen gesellschaftlichen Probleme liegen, nicht gravierend, da allesamt in erster Linie arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf sehen.

Insgesamt unterstützen in beiden potentiellen Regierungslagern die Stammwähler die Kandidaten und Konzepte ‚ihrer‘ Seite nachdrücklicher als die Wechsel- und ehemaligen Nichtwähler; doch selbst dieser harte Kern favorisiert in keinem Fall zu hundert Prozent diese Angebote. Daher können sich weder das rot-grüne noch ein mögliches schwarz-gelbes Bündnis auf ein uneingeschränktes Wählermandat berufen; gleichwohl läßt es die vergleichsweise große Zustimmung in den Reihen ihrer Wähler nicht vollkommen abwegig erscheinen, wenn eine der beiden Seiten einen Wählerauftrag für sich reklamiert. Nimmt man die Einstellungen der Wähler jedoch ernst, sind die Aufträge an beide ‚Lager‘ unterschiedlich nuanciert: Auf seiten der rot-grünen Koalition bezieht er sich in erster Linie auf die personelle Kontinuität an der Regierungsspitze und etwas weniger auf die Politikinhalte; dagegen sprechen die Einstellungen der Wähler von Union und FDP zwar für einen relativ deutlichen *policy*-Auftrag, doch verraten sie zugleich erhebliche Skepsis gegenüber dem Unionskanzlerkandidaten.

#### 4. Schluß

In der Bundestagswahl 2002 bestätigten die deutschen Wähler ihre Entscheidung des Jahres 1998, die christlich-liberale durch eine rot-grüne Regierung zu ersetzen. Die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung blieb unverändert, obwohl erhebliche Wählerwanderungen zwischen den Parteien, aber auch zwischen dem Nichtwählerlager und den Parteien stattfanden. Der Schritt von der Wahlabstinenz zur Beteiligung an einem Urnengang kann vor allem damit erklärt werden, daß ein Bürger, der angesichts seiner skeptischen Haltung zu Politik und Wahlen seine Stimme nicht abgab, vom aktuellen Angebot an Konzepten oder Kandidaten doch noch zur Teilnahme motiviert wird. Der Rückzug in die Wahlenthaltung kann dagegen so verstanden werden, daß eine Person von der zuletzt gewählten Partei enttäuscht ist, zugleich aber kein anderes Angebot als glaubwürdig oder leistungsfähig genug ansieht, um sie zur neuerlichen Stimmabgabe zu bewegen. Der Wechsel zwischen zwei Parteien, also jener Schritt, der am deutlichsten zu Verschiebungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse beiträgt, kann am ehesten mit einem Wandel der politischen Einstellungen zu den Parteien und deren programmatischem und personellem Angebot erklärt werden. Da Einstellungsänderungen nicht zuletzt von Veränderungen des Angebots seitens der Parteien verursacht werden, kann ein Wahlergebnis somit zumindest bezogen auf die Wählerbewegungen als „Echo“<sup>31</sup> der Bürger auf das frühere Handeln und die in die Zukunft gerichteten Vorschläge der politischen Elite verstanden werden.

---

<sup>31</sup> Key, a.a.O., S. 2.

Wie die Analyse gezeigt hat, darf dieser Befund gleichwohl nicht zu dem Trugschluß verleiten, die Wähler einer Partei oder Koalition befürworteten deren programmatisches und personelles Angebot einhellig. Denn bei der Bundestagswahl 2002 stehen die Stammwähler von SPD und Grünen einerseits sowie CDU/CSU und FDP andererseits nicht hundertprozentig hinter den Vorschlägen der von ihnen gewählten Parteien, erst recht gilt dies für Wechsler von anderen Parteien oder aus dem Nichtwählerlager. Einen ungeschmälernten Wählerauftrag kann somit – wenigstens auf der Basis der hier analysierten Vorwahldaten – keines der beiden potentiellen Regierungsbündnisse für sich beanspruchen. Gleichwohl unterstützen die Wähler auf den hier betrachteten Dimensionen ‚ihre‘ Seite zumindest mehrheitlich, so daß es nicht vollkommen absurd erscheint, wenn eines der beiden möglichen Regierungslager ein Wählermandat für sich beansprucht. Hätten CDU/CSU und FDP bei der Wahl den Sieg davon getragen, hätten sie in bezug auf ihre inhaltlichen Vorhaben durchaus ein Mandat besessen, nur sehr bedingt jedoch hinsichtlich der Person des Regierungschefs. Dagegen sind die Wähler von SPD und Grünen von den persönlichen Qualitäten Gerhard Schröders überzeugt – nicht umsonst dachte er kurzzeitig daran, die Wahl 2002 zu einer Entscheidung unter der Devise „Er oder ich“ zu stilisieren; im Vergleich dazu melden sie jedoch deutliche Zweifel an Schröders fachlicher Kompetenz sowie der Richtigkeit der von der rot-grünen Koalition vertretenen Politikinhalte an; es handelt sich also eher um ein persönliches als ein programmatisches Mandat.

Als sich Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 29. Oktober 2002 auf einen inhaltlichen Wählerauftrag berief, interpretierte er daher den Wählerwillen zwar nicht vollkommen unverzerrt, doch gab seine Deutung die Intentionen der SPD/Grünen-Wähler dem Tenor nach durchaus zutreffend wieder. Indes scheinen ihm und seiner Regierung bei der konkreten Interpretation des Wählerauftrages – womöglich begünstigt durch die Vagheit programmatischer Wahlkampf-Aussagen – einige Mißverständnisse unterlaufen zu sein. Denn wie sich Meinungsumfragen aus der Zeit nach der Wahl entnehmen läßt,<sup>32</sup> üben die Bürger, darunter nicht zuletzt Wähler von SPD und Grünen, heftige Kritik an dem in ihrem Namen von der Regierung verfolgten Kurs. Damit droht der Verweis auf ein Wählermandat zu einem Bumerang zu werden: War er ursprünglich vermutlich nicht zuletzt dazu gedacht, die Regierungspolitik der parlamentarischen Kritik zu entziehen, können nun Regierungskritiker ins Feld führen, die Regierung interpretiere den Wählerauftrag falsch, weshalb sie abgelöst werden müsse. Daher ist es für die rot-grüne Regierung unabdingbar, möglichst rasch eine richtige Interpretation des Wählerwillens zu finden oder die Bürger von der Richtigkeit ihrer Deu-

---

<sup>32</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg.), Politbarometer 11/2002, Mannheim, Infratest dimap (Hrsg.), DeutschlandTREND November 2002, Berlin.

tung zu überzeugen, da andernfalls ihre Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt würde und ihr nach zwei Legislaturperioden jenes Schicksal drohen könnte, das die christlich-liberale Koalition nach 16 Jahren ereilte.

## Anhang: Operationalisierungen

### Wahlbeteiligung

„Bei dieser kommenden Bundestagswahl: Werden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht zur Wahl gehen?“; den fünf Antwortmöglichkeiten wurden die Wahrscheinlichkeiten 1, 0,75, 0,5, 0,25 bzw. 0 zugeordnet; soweit mit einer dichotomen Variable gearbeitet wird, werden die ersten beiden Ausprägungen als Wahlteilnahme, die übrigen drei als Abstinenz codiert.

### Kirchenbindung

„Wie oft gehen Sie im allgemeinen zur Kirche?“ 0 (nie, seltener als einmal im Jahr, einmal im Jahr), 0,5 (mehrmals im Jahr, mindestens einmal im Monat), 1 (einmal in der Woche, mehrmals in der Woche).

### Formale Bildung

niedrig: maximal Hauptschulabschluß; mittel: maximal mittlere Reife; hoch: mindestens Fachhochschulreife

Wahlnorm: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen“ 0: stimme überhaupt/eher nicht zu; 0,5: teils/teils; 1: stimme eher/voll und ganz zu.

Politisches Interesse: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ 0: überhaupt nicht, weniger stark; 0,5: mittelmäßig; 1: ziemlich/sehr stark; die Dichotomie „schwache vs. starke Wahlnorm“ wurde gebildet, indem die ersten beiden Ausprägungen der dreistufigen Variable zusammengefaßt wurden.

Demokratiezufriedenheit: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ 0: ziemlich/sehr unzufrieden; 0,5: teils/teils; 1: ziemlich/sehr zufrieden.

### Kompetenzgefühl

Index aus folgenden drei Items: „Die ganze Politik ist so kompliziert, daß jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“ (umgepolt), „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befaßt, eine aktive Rolle zu übernehmen.“, „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.“

### Responsivitätsgefühl

Index aus folgenden zwei Items: „Leute wie ich haben keinen Einfluß auf die Regierung“, „Die Bürger haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluß zu nehmen“

### Links-Rechts-Selbsteinstufung

„In der Politik reden die Leute häufig von ‚Links‘ und ‚Rechts‘. Wenn Sie diese Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 1 links und 11 rechts ist?“ Codierung: 1 bis 4=links; 5 bis 7=Mitte; 8 bis 11=rechts.

### Kanzlerpräferenz

„Gerhard Schröder und Edmund Stoiber sind ja die Kanzlerkandidaten der beiden großen Parteien. Welchen von beiden hätten Sie nach der Bundestagswahl lieber als Bundeskanzler?“

Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, keinen von beiden

### Dimensionen der Kandidatenbewertung

Wirtschaftskompetenz: „Er hat vernünftige Vorstellungen, um die Wirtschaft anzukurbeln.“

Sympathie: „Er ist menschlich sympathisch.“

Vertrauenswürdigkeit: „Er ist politisch vertrauenswürdig.“

Tatkraft: „Er ist tatkräftig.“

Die Befragten konnten mit einer Skala -2 (trifft überhaupt nicht zu) bis +2 (trifft voll und ganz zu) beurteilen, inwieweit die vier Aussagen auf Gerhard Schröder und Edmund Stoiber zutreffen. Für die Analyse wurden die Einschätzungen zu beiden Kandidaten miteinander verglichen, wobei ein höherer Wert für Schröder als Präferenz für ihn, ein höherer Wert für Stoiber als Präferenz für ihn und gleich hohe Werte für beide Bewerber als Indifferenz gewertet.

#### Sachfragenpräferenz

„Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, die es heute in der Bundesrepublik zu lösen gilt. (...) Das für Sie wichtigste Problem ist ... Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen? Das für Sie zweitwichtigste Problem ist... Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“ Für beide Probleme wurde folgende Codierung gewählt: -1: CDU/CSU, FDP; 0: andere Parteien, alle gleich, keine; 1: SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Anschließend wurden die Werte zu beiden Problemen addiert und die resultierende Summe durch zwei dividiert.

Kandidaten-/Sachfragenpräferenz: 0: weder Kandidaten- noch Sachfragenpräferenz; 0,5: Kandidaten- oder Sachfragenpräferenz; 1: Kandidaten- und Sachfragenpräferenz.

#### Koalitionspräferenz

„Unabhängig davon, wie die Parteien sich entscheiden: Was wäre Ihnen persönlich am liebsten, von welchen Parteien Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert wird?“ Antwortvorgaben: ‚Große Koalition‘ aus SPD und CDU/CSU; SPD und Bündnis 90/Die Grünen; SPD und FDP; SPD und PDS; CDU/CSU und FDP; CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen; SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP; SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS.

#### Parteiidentifikation

„Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

„Wie stark oder wie schwach neigen Sie, alles zusammengenommen, dieser Partei zu? Neigen Sie ihr sehr stark, stark, mittelmäßig, schwach oder sehr schwach zu?“

Codierung: starke Parteibindung: sehr stark und stark; schwache Parteibindung: mittelmäßig, schwach, sehr schwach; keine Parteibindung: keine Partei auf erste Frage angegeben.

#### Zufriedenheit mit der Regierung

„Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung (SPD-Bündnis90/Die Grünen) in Berlin eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ -5: vollständig unzufrieden; +5: voll und ganz zufrieden. Codierung: -5 bis -2: unzufrieden; -1 bis +1: teils/teils; +2 bis +5: zufrieden.